Niederschrift

über die 9. Sitzung des Kreisausschusses am 11. Mai 2006

Anwesend:

Der Vorsitzende

Landrat Pusch, Stephan, Hückelhoven

Die Kreisausschussmitglieder

Blum, Erika, Wegberg, als Vertreterin für
Tholen, Heinz-Theo, Waldfeucht
Dahlmanns, Erwin, Gangelt
Fürkötter, Franz-Josef, Übach-Palenberg
Dr. Hachen, Gerd, Erkelenz
Hensen, Heinrich, Wassenberg, als Vertreter
für Derichs, Ralf, Erkelenz (ab TOP 6)
Jüngling, Liane, Übach-Palenberg
Dr. Kehren, Hanno, Hückelhoven
Lausberg, Leonhard, Heinsberg
Dr. Leonards-Schippers, Christiane,
Hückelhoven
Meurer, Maria, Erkelenz
Paulsen, Heinz-Jakob, Wegberg
Reyans, Norbert, Selfkant
Schaaf, Edith, Erkelenz, als Vertreterin für
Laumanns, Erich, Erkelenz
Schlömer, Klara, Wegberg
Schreinemacher, Walter Leo, Heinsberg
Skottke, Wolfgang, Heinsberg

Es fehlen entschuldigt

Derichs, Ralf, Erkelenz
Düsterwald, Wilhelm, Hückelhoven
Laumanns, Erich, Erkelenz
Tholen, Heinz-Theo, Waldfeucht

Von der Verwaltung

Kreisdirektor Deckers
Ltd. Kreisverwaltungsdirektor Preuß
Ltd. Kreisverwaltungsdirektor Schöpgens
Kreisverwaltungsdirektorin Machat
Kreisverwaltungsdirektor Dahlmanns
Kreisoberverwaltungsrat Kremers
Kreisrechtsrätin Ritterfeld
Kreisamtmann Lind

Beginn der Sitzung: 18.00 Uhr

Ende der Sitzung: 18.50 Uhr

Der Kreisausschuss des Kreises Heinsberg versammelt sich heute im kleinen Sitzungssaal des Kreisverwaltungsgebäudes in Heinsberg, um über folgende Punkte der Tagesordnung zu beraten und zu beschließen:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung:

1. Verlegung der Gebrüder-Grimm-Schule, Wegberg-Dalheim, in das Gebäude Nebenstelle Berufskolleg Ernährung, Sozialwesen, Technik, Heinsberg, Oberbrucher Straße 1
2. Betreuung von Schülerinnen und Schülern im Rahmen des Programms „Dreizehn Plus“ an der Janusz-Korczak-Schule in Geilenkirchen
3. Interreg-Projekt „Niederländisch-deutsches Zentrum für Weiterbildung“
4. Zuschuss an den Kreisfeuerwehrverband Heinsberg e.V.
5. Bericht des Landrats

Nichtöffentliche Sitzung:

6. Besetzung der Schulaufsichtsbeamtenstelle beim Schulamt für den Kreis Heinsberg
7. Besetzung der Schulleiterstelle am Berufskolleg Wirtschaft des Kreises Heinsberg in Geilenkirchen
8. Besetzung der stellv. Schulleiterstelle am Kreisgymnasium Heinsberg

9. Beschaffung von Schülerlernmitteln für die in Trägerschaft des Kreises stehenden Schulen
10. Vergabe von Ingenieurleistungen zur Entwurfs- und Ausführungsplanung einschließlich Objektüberwachung im Rahmen der Baumaßnahmen am Trakt II (Fassadenerneuerung) des Kreisgymnasiums Heinsberg
11. Bericht des Landrats

Vor Eintritt in die Beratung stellt Landrat Pusch die allen Mitgliedern vorliegende Tagesordnung, die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit fest.

Öffentliche Sitzung

Tagesordnungspunkt 1:

Verlegung der Gebrüder-Grimm-Schule, Wegberg-Dalheim, in das Gebäude Nebenstelle Berufskolleg Ernährung, Sozialwesen, Technik, Heinsberg, Oberbrucher Straße 1

Der Kreisausschuss hat sich in seiner Sitzung am 02.02.2006 mit der Nutzung kreiseigener Liegenschaften und Beteiligung des Kreises an sektoralen Einrichtungen befasst. Dabei wurde die Verwaltung beauftragt, u. a. die erforderlichen Abstimmungen mit dem Ziel einer Verlegung der Gebrüder-Grimm-Schule, Wegberg-Dalheim, in das Gebäude Nebenstelle Berufskolleg Ernährung, Sozialwesen, Technik, Heinsberg, Oberbrucher Straße, herbeizuführen und bis zur Jahresmitte einen Beschlussvorschlag zu unterbreiten.

Nach Fertigstellung der Baumaßnahmen an den Berufskollegs in Geilenkirchen, Berliner Ring, wird es möglich sein, die bisher in der Nebenstelle des Berufskollegs Ernährung, Sozialwesen, Technik in Heinsberg untergebrachten Schüler/innen in Geilenkirchen zu beschulen. Das kreiseigene Schulgebäude in Heinsberg, Oberbrucher Straße, wird dadurch voraussichtlich zum Schuljahresbeginn 2006/2007 freigesetzt und für eine anderweitige Verwendung zur Verfügung stehen. Vorsorglich wurde der zum 31.01.2007 auslaufende Mietvertrag mit der Stadt Wegberg über die Nutzung des Schulgebäudes in Dalheim fristgerecht gekündigt; ansonsten würde sich das Mietverhältnis um weitere fünf Jahre verlängern.

Im Rahmen einer am 18.10.2005 im Kreishaus stattgefundenen Schulkonferenz unter Beteiligung aller kreisangehörigen Kommunen und der Leitungen der im Kreis bestehenden Förderschulen ist seitens der Unteren und Oberen Schulaufsicht die Notwendigkeit aufgezeigt worden, auf eine ortsnähere Beschulung der Schüler/innen mit dem Förderschwerpunkt Sprache hinzuwirken. Sowohl seitens der Schulaufsicht als auch des Schulleiters der Gebrüder-Grimm-Schule wird eine Verlagerung nach Heinsberg unterstützt. Die Gebrüder-Grimm-Schule würde von der äußersten Peripherie des Kreises in eine zentralere Lage verlegt, wodurch zum Teil erhebliche Fahrzeitverkürzungen entstehen und die vom Schulträger zu tragenden Fahrtkosten reduziert würden. Zudem hat der Rat der Stadt Übach-Palenberg in seiner Sitzung am 02.12.2005 eine Resolution verabschiedet, die sich für eine Verlegung der Gebrüder-Grimm-Schule nach Heinsberg ausspricht. Eine mögliche Einrichtung eines zweiten Schulstandortes wird seitens der Schulaufsicht aus schulfachlicher Sicht abgelehnt.

Seitens der Stadt Wegberg wurde in einem Gespräch am 14.03.2006 die beabsichtigte Verlegung der Gebrüder-Grimm-Schule nach Heinsberg grundsätzlich bedauert, gleichzeitig aber mit Blick auf eine evtl. Nachfolgenutzung des Schulgebäudes in Dalheim die Bitte geäußert, das Schulgebäude ggf. bereits zum Schuljahresbeginn 2006/2007 zu räumen. Unter Berücksichtigung der Interessen der Stadt Wegberg als auch der im Schulgebäude in Heinsberg erforderlichen Baumaßnahmen wurde verwaltungsseitig als frühestmöglicher Umzugstermin der Jahreswechsel 2006/2007 in Aussicht gestellt.

Der Bürgermeister der Stadt Heinsberg hat in einem am 09.03.2006 geführten Gespräch seine Unterstützung z. B. bei der Verbesserung der An- und Abfahrtmöglichkeiten für den Schülerspezialverkehr zugesagt. Er gab allerdings zu bedenken, dass eine Zusage über die Mitbenutzung von städtischen Hallenbädern bzw. Turnhallen derzeit nicht gegeben werden kann.

Die für einen möglichen Umzug notwendigen Einzelabstimmungen sind zwischenzeitlich in Gesprächen mit dem Schulleiter konkretisiert worden. Die zur Herrichtung und Anpassung des Schulgebäudes in Heinsberg an die Raumerfordernisse der Gebrüder-Grimm-Schule notwendigen baulichen Maßnahmen beschränken sich im Wesentlichen auf die Einrichtung eines Gymnastikraumes im Untergeschoss und die Veränderung des Raumzuschnittes von 4 Klassenräumen. Die hierfür geschätzten Kosten belaufen sich auf 38.035,00 €. Auf die allen Kreistagsabgeordneten mit der Einladung zur Sitzung des Schulausschusses vom 25.04.2006 zugesandte Kostenaufstellung wird hingewiesen. Angesichts der lange Zeit ungewissen zukünftigen Nutzung des Schulgebäudes sind in den letzten Jahren notwendige Reparatur- und Sanierungsmaßnahmen zurückgestellt worden. Die insoweit notwendigen Baumaßnahmen sollen im Rahmen der im Haushalt 2006 bereitgestellten Mittel (2006: Ausgabeansatz 600.000 €, 2007: Verpflichtungsermächtigung 600.000 €) bzw. im Zuge der allgemeinen Bauunterhaltung der Folgejahre durchgeführt werden. Hierzu wird auf Ziffern 2 und 3 der vorgenannten Anlage zur Schulausschusssitzung verwiesen.

Auf Vorschlag des Schulausschusses empfiehlt der Kreisausschuss dem Kreistag einstimmig, die Verlegung der Gebrüder-Grimm-Schule von Wegberg-Dalheim in das kreiseigene Schulgebäude, Oberbrucher Straße 1, Heinsberg, möglichst zum 01.01.2007 zu beschließen.

Tagesordnungspunkt 2:

Betreuung von Schülerinnen und Schülern im Rahmen des Programms „Dreizehn Plus“ an der Janusz-Korczak-Schule in Geilenkirchen

Nach Vorberatungen in den Klassenpflegschaften, der Schulpflegschaft und der Lehrerkonferenz hat die Schulkonferenz der Janusz-Korczak-Schule in ihrer Sitzung am 19.01.2006 einstimmig beschlossen, im Rahmen des Dreizehn-Plus-Programms des Landes ab dem Schuljahr 2006/2007 für den Bereich der Sekundarstufe I eine Hausaufgabenbetreuung und eine gesicherte Betreuung der Schüler/innen bis in den Nachmittag hinein anzubieten. Das Konzept der Janusz-Korczak-Schule sieht vor, dass für eine Gruppe von insgesamt acht Schülerinnen und Schülern die Nachmittagsbetreuung an den nicht unterrichtsfreien Tagen von montags bis donnerstags von 13.00 Uhr bis 15.30 Uhr stattfindet. Nach einem warmen Mittagessen, das auf Wunsch gegen Kostenersatz über die Schule bestellt und im Schülercafé eingenommen werden kann, beginnt gegen 13.30 Uhr die Hausaufgabenbetreuung. Hierfür steht ein Klassenraum mit Nebenraum zur Verfügung. An die Hausaufgabenbetreuung soll sich ein Freizeitangebot anschließen, wofür 2 Klassenräume und das Schülercafé zur Verfügung stehen. Die zeitlichen Übergänge zwischen Essen, Hausaufgabenbetreuung und Freizeitangebot können, wenn der organisatorische Rahmen dies zulässt, nach dem individuellen Bedürfnis der Schüler/innen variiert werden. Während der gesamten Betreuungszeit sollen Betreuer zur Verfügung stehen, wobei angesichts des besonderen Förderbedarfs der Schüler/innen immer die Anwesenheit eines Sonderpädagogen der Janusz-Korczak-Schule gewährleistet sein wird.

Gemäß den Richtlinien über die Zuwendungen für die Betreuung von Schülerinnen und Schülern vor und nach dem Unterricht des damaligen Ministeriums für Schule, Wissenschaft und Forschung vom 19.02.2001 beträgt die Mindestteilnehmerzahl im Bereich der Förderschulen acht Schüler/innen und die Maßnahmendauer mindestens ein Schuljahr. Eine Betreuung muss wenigstens an 4 Tagen und 10 Stunden pro Woche stattfinden. Die Höhe der Landeszuwendung beträgt bei Förderschulen 7.500 € pro Schuljahr; diese wurde fristwahrend zwischenzeitlich beantragt.

Es ist vorgesehen, dass die personelle Abwicklung des Programms vom Förderverein der Janusz-Korczak-Schule übernommen wird. Unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Personal- und Sachkosten sowie der Landeszuwendung sollen keine Elternbeiträge – mit Ausnahme des Kostenersatzes für die Mittagsmahlzeiten – erhoben werden. Kosten für den Schulträger entstehen nicht.

Nach Beratung in seiner Sitzung empfiehlt der Schulausschuss dem Kreisausschuss einstimmig, der Betreuung von Schülerinnen und Schülern im Rahmen des Programms „Dreizehn Plus“ an der Janusz-Korczak-Schule im Bereich der Sekundarstufe I zuzustimmen.

Der Kreisausschuss folgt der Empfehlung durch einstimmige Beschlussfassung.

Tagesordnungspunkt 3:

Interreg-Projekt „Niederländisch-deutsches Zentrum für Weiterbildung“

Wie bereits bei der Kreisausschusssitzung am 02.02.2006 unter Tagesordnungspunkt 3 „Nutzung kreiseigener Liegenschaften und Beteiligung des Kreises an sektoralen Einrichtungen“ mitgeteilt, hat die Verwaltung unter Federführung der Anton-Heinen-Volkshochschule des Kreises Heinsberg ein Konzept für ein „Niederländisch-deutsches Zentrum für Weiterbildung“ (NDZW) entwickelt. Ziel dieses binationalen Zentrums ist es, für das Gebiet des Kreises Heinsberg und der benachbarten niederländischen Gemeinden ein Dienstleistungszentrum einzurichten, das eine Plattform für Niederländer und Deutsche bilden soll, um Wissen zu erwerben, auszutauschen und gemeinsame grenzüberschreitende Aktivitäten zu bündeln und zu initiieren. Dabei ist von besonderer Wichtigkeit, dass aufgrund der regionalen Gegebenheiten für die hier lebenden Menschen eine wohnortnahe - im Herzen der Arbeitsgemeinschaft Grenzland: Kreis Heinsberg - Limburg angesiedelte - Einrichtung geschaffen wird. Sie soll zugleich Anlaufpunkt, Informationsstelle und Kommunikationseinrichtung für jedwede grenzüberschreitenden Themen und Problemfelder sein. Im Wesentlichen soll das NDZW aus folgenden Projektmodulen bestehen:

- binationaler Schulabschlusskurs
- Vermittlung deutsch-niederländischer Verwaltungsstruktur, -kultur und -sprache für niederländische und deutsche Verwaltungsmitarbeiter/innen
- Ausbildung zur Hauswirtschafterin
- Trainingszentrum für Bürokommunikation
- Sprachkurse (Niederländisch für Deutsche / Deutsch für Niederländer)

Niederländischer Partner des Kreises Heinsberg bei der Errichtung des NDZW ist Parkstad Limburg.

Das auf eine 2-jährige Laufzeit ausgerichtete Projekt (01.01.2007 bis 30.06.2008 mit einer Vorlaufphase ab 01.07.2006) wurde Mitte 2004 als „Interreg III-Maßnahme“ zur Förderung angemeldet. Mit Schreiben vom 05.04.2006 hat das Interreg-Management der Stichting EMR nunmehr das Projekt bewilligt. Die bewilligten Gesamtinterregmittel einschl. Landesmittel belaufen sich auf ca. 407.000 €, wovon ca. 246.000 € für Umbau- und 116.000 € für Einrichtungsmaßnahmen zu verwenden sind. Der Gesamteigenanteil des Kreises beläuft sich auf ca. 90.000 €. Die Mittel sind haushaltsmäßig veranschlagt.

Nach den vorliegenden Planungen wird das NDZW im Erdgeschoss (5 Räume) und im 1. Obergeschoss (1 Raum) der ehemaligen Landwirtschaftsschule Heinsberg, Westpromenade, eingerichtet. Die dort getätigten und geförderten Bau- und Einrichtungsinvestitionen können auch nach Projektende von der Volkshochschule zu Weiterbildungszwecken genutzt werden.

Das NDZW-Konzept sieht folgende Personalausstattung vor:

1 hauptamtliche(r) Projektleiter/in (0,5 Stellenanteil) mit den folgenden Aufgaben:

Aufbau des NDZW, Konzeptionierung der Weiterbildungsmodule, Planung und Organisation von Kulturveranstaltungen, Entwicklung spezieller Curricula, Gewinnung geeigneter Fachdozenten, Entwicklung einer Marketingstrategie zur Teilnehmerakquise in den Niederlanden und in Deutschland, Kooperation mit Verbänden und Institutionen der Weiterbildung und des Kulturbereichs im binationalen Raum, Betreuung der Dozenten und Teilnehmer, Konzeptionierung und Durchführung der begleitenden und abschließenden Evaluation der Maßnahme.

1 Mitarbeiter(in) als Verwaltungskraft mit folgenden Aufgaben:

Dozenten- und Teilnehmerverwaltung und -betreuung, Unterstützung des Leiters/der Leiterin bei den o. g. Aufgaben. Die Verwaltungskraft wird vom niederländischen Partner gestellt.

Aus Gründen der Fristwahrung wurde der Vertrag über die Projektdurchführung zwischenzeitlich unterzeichnet dem Interreg-Management zurückgereicht.

VHS-Leiter Dahlmanns nimmt ergänzende Erläuterungen zu den Inhalten und die Finanzierung des NDZW vor. Er betont insbesondere, dass beabsichtigt sei, das Projekt nach Ende der ersten Projektphase weiterzuführen.

FDP-Kreistagsfraktionsvorsitzender Schreinemaker regt an, auch die Aspekte des Rettungsdienstes in die Überlegungen mit einzubeziehen, um vor allem Sprachprobleme bei gemeinsamen Einsätzen zu vermeiden.

Herr Fürkötter, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion, unterstreicht im Hinblick auf die in der ehemaligen Landwirtschaftsschule avisierten Bau- und Einrichtungsinvestitionen, dass über die nach dem Projektende beabsichtigte Nutzung durch die Volkshochschule hinaus in jedem Fall eine Weiterführung des Interreg-Projekts sinnvoll sei.

Auf Vorschlag der Verwaltung beschließt der Kreisausschuss sodann einstimmig, das Interreg-Projekt „Niederländisch-deutsches Zentrum für Weiterbildung“ in der dargestellten Form vom 01.01.2007 bis 30.06.2008 mit einer Vorlaufphase ab 01.07.2006 im kreiseigenen Gebäude der ehemaligen Landwirtschaftsschule in Heinsberg, Westpromenade, durchzuführen sowie eine Weiterführung nach der ersten Projektphase anzustreben.

Tagesordnungspunkt 4:

Zuschuss an den Kreisfeuerwehrverband Heinsberg e. V.

Der Kreisfeuerwehrverband Heinsberg e. V. hat mit Schreiben vom 12.04.2006 für das Haushaltsjahr 2006 die Gewährung eines Zuschusses beantragt. Dieser Zuschuss soll zur Zahlung der Beiträge an den Landesfeuerwehrverband verwandt werden.

Seit seiner Gründung im Jahre 1973 hat der Kreisfeuerwehrverband Heinsberg e. V. sich stets im Sinne einer zukunftsorientierten Entwicklung der Feuerwehren eingesetzt und dabei maßgeblich bei der Sicherstellung des Feuerschutzes mitgewirkt.

Die Verwaltung empfiehlt dem Kreisausschuss, für das Haushaltsjahr 2006 einen Zuschuss von 2.050,00 € zu bewilligen. Der Betrag steht im Verwaltungshaushalt bei der Haushaltsstelle 130.71800 zur Verfügung.

Der Kreisausschuss folgt dem Vorschlag der Verwaltung durch einstimmigen Beschluss.

Tagesordnungspunkt 5:

Bericht des Landrats

Landrat Pusch teilt Folgendes mit:

„Der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen hat in einem Erlass vom 22.03.2006 die Vergabegrundsätze in NRW neu gefasst. Die Regelung über die Vergabe von Aufträgen, die in der neuen Gemeindehaushaltsverordnung vom 16.11.2004 in § 25 getroffen wurde, entspricht zwar praktisch dem auch früher geltenden Recht. So ist weiterhin in Absatz 1 festgelegt, dass der Vergabe von Aufträgen eine öffentliche Ausschreibung vorausgehen muss, sofern nicht die Natur des Geschäfts oder besondere Umstände eine beschränkte Ausschreibung oder eine freihändige Vergabe rechtfertigen.

Gleichwohl hat das Innenministerium die ebenfalls auch früher in Absatz 2 vorgesehene Ermächtigung zum Erlass der Vergabebestimmungen genutzt, diese neu und deutlich weiter zu fassen. Dabei hat es geregelt, dass unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der kommunalen Praxis folgende typisierende Betrachtungsweise zur vereinfachten Auswahl der Vergabeart für vertretbar gehalten wird:

Die Durchführung einer beschränkten Ausschreibung ohne weitere Einzelbegründung bei der Vergabe von Bauleistungen bis zu einem Auftragswert (ohne Umsatzsteuer) von höchstens

300.000 € im Tiefbau,

150.000 € für Rohbauarbeiten im Hochbau (Erd-, Beton- und Maurerarbeiten mit und ohne Putzarbeiten) und

75.000 € für Ausbaugewerke und sonstige Gewerke im Hochbau sowie für Pflanzungen und Straßenausstattung.

Die Durchführung einer freihändigen Vergabe ohne weitere Einzelbegründung bei der Vergabe von Bauleistungen und von Liefer- und Dienstleistungsaufträgen bis zu einem Auftragswert (ohne Umsatzsteuer) von höchstens 30.000 €.

Trotz dieser vom Innenminister für vertretbar gehaltenen deutlichen Aufweichung der grundsätzlich in der Gemeindehaushaltsverordnung vorgesehenen Regelung für die Vergabe von Aufträgen beabsichtige ich bis auf weiteres nicht, die bewährte Praxis bei Vergaben des Kreises Heinsberg zu ändern. Zum einen will ich vermeiden, dass der Wettbewerb durch eine Änderung der Verfahrensweise eingeschränkt wird, zum anderen war es auch schon bisher möglich, bei entsprechend vorliegenden Voraussetzungen Aufträge nach einer beschränkten Ausschreibung oder im Wege der freihändigen Vergabe zu erteilen. Dies unter Anwendung des vom Innenminister genannten Rahmens künftig allerdings ohne weitere Einzelbegründung zu tun, halte ich für problematisch, auch wenn der Innenminister in seinem Erlass eine solche Vorgehensweise für vertretbar hält.“

Der volle Wortlaut des Erlasses vom 22.03.2006 ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Vergabegrundsätze für Gemeinden (GV)
nach § 25 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO)
(Kommunale Vergabegrundsätze)

RdErl. d. Innenministeriums v. 22.03.2006
– 34-48.07.01/01-2178/05

Gemäß § 25 Abs. 2 GemHVO sind die Gemeinden (GV) gehalten, bei der Vergabe von Aufträgen unterhalb der durch die Europäische Union vorgegebenen Schwellenwerte die Vergabebestimmungen anzuwenden, die das Innenministerium festlegt. Unter Ausschöpfung des Spielraums für die kommunale Selbstverwaltung, bei Ermöglichung eines möglichst flexiblen, aber einheitlichen Handlungsrahmens für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen, gebe ich die nachfolgenden Grundsätze bekannt:

1

Geltungsbereich

1.1

Öffentliche Auftraggeber, die diese Vergabegrundsätze anzuwenden haben, sind Gemeinden (GV) sowie deren Einrichtungen nach § 107 Abs. 2 der Gemeindeordnung (GO), die wie Eigenbetriebe geführt werden (eigenbetriebsähnliche Einrichtungen).

1.2

Keine Anwendung finden diese Vergabegrundsätze auf Eigenbetriebe und kommunale Eigen- gesellschaften sowie Zweckverbände, deren Hauptzweck der Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens ist. Für gemeindliche Anstalten des öffentlichen Rechts i.S. des § 114 a GO (Kommunalunternehmen) gilt hinsichtlich der Vergabegrundsätze die Regelung des § 8 der Kommunalunternehmensverordnung (KUV) vom 24.10.2001 (GV.NRW. S. 733) in der jeweils geltenden Fassung.

1.3

Die Vergabegrundsätze gelten ausschließlich bei öffentlichen Aufträgen, deren geschätzte Auftragswerte die in Ziffer 2 genannten EU-Schwellenwerte ohne Umsatzsteuer nicht erreichen.

2

Bundesrechtliche Verpflichtungen

Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge gelten grundsätzlich die Regelungen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB - 4. Teil) vom 15.7.2005 (BGBl. I S. 2114) in der jeweils geltenden Fassung, sofern im Einzelfall die EU-Schwellenwerte ohne Umsatzsteuer erreicht oder überstiegen werden. Diese ergeben sich aus § 100 Abs. 1 GWB i.V.m. § 2 der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV) vom 11.2.2003 (BGBl. I S. 169) in der jeweils geltenden Fassung.¹

¹ Zum Stichtag 31.01.2006 gelten danach folgende Schwellenwerte: Für Liefer- und Dienstleistungsaufträge im Sektorenbereich (Trinkwasser- oder Energieversorgung, Verkehrsbereich): 400.000 €; für alle anderen Liefer- und Dienstleistungsaufträge: 200.000 €; für Bauaufträge: 5 Mio. €; weitere Schwellenwerte für Auslobungsverfahren und losweise Vergabe.

3

Allgemeine Vergabeprinzipien

3.1

Die Europäische Kommission leitet aus den in den Art. 12, 28, 43 und 49 des EG-Vertrags niedergelegten Grundsätzen die Prinzipien der Nichtdiskriminierung und Transparenz her. Diese grundlegenden Anforderungen gelten nach aktueller Auffassung der Kommission prinzipiell für alle Fälle von Auftragsvergaben durch öffentliche Auftraggeber, auch für solche außerhalb der europäischen Vergaberichtlinien. Daraus folgernd könnte die Notwendigkeit entstehen, zugunsten jedes potenziellen Bieters einen angemessenen Grad von Öffentlichkeit zu sichern, der es ermöglicht, die Märkte dem Wettbewerb zu öffnen und die Objektivität des Verfahrens sicher zu stellen.

Sollten diese Anforderungen bei Auftragsvergaben mit Auftragswerten oberhalb einer Grenze von 10% der unter Ziffer 2 genannten EU-Schwellenwerte nicht hinreichend erfüllt sein, ist nicht auszuschließen, dass die Kommission Vergaben beanstandet.

3.2

Nach den allgemeinen wettbewerblichen Anforderungen sind die öffentlichen Auftraggeber verpflichtet, auch unterhalb der EU-Schwellenwerte neben transparenten und diskriminierungsfreien Beschaffungsvorgängen für einen fairen und lautereren Wettbewerb zu sorgen. Einzelne Vergabeentscheidungen haben sie fortlaufend und zeitnah zu dokumentieren und zu begründen. Kleinere und mittlere Unternehmen haben sie angemessen zu berücksichtigen. Auf eine ausreichende Streuung der Angebotsaufforderungen haben sie zu achten, indem die Leistung in jedem Falle, in dem dies nach Art und Umfang zweckmäßig ist, möglichst in Lose geteilt und nach Losen vergeben wird (Teillose). Bauleistungen verschiedener Handwerks- oder Gewerbebranche haben sie in der Regel nach Fachgebieten oder Gewerbebranchen getrennt zu vergeben (Fachlose). Auch neuen Bewerbern und Bewerbern aus anderen Kommunen soll Gelegenheit zur Angebotsabgabe gegeben werden.

4

Vergabe von Bauleistungen

Zur Vermeidung rechtlicher Risiken sollen bei Aufträgen über Bauleistungen unterhalb des EU-Schwellenwertes deshalb grundsätzlich die Teile A (Abschnitt 1), B und C der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB) in der jeweils geltenden, im Bundesanzeiger (BAnz.) veröffentlichten Fassung angewendet werden. Die Regelungen der Ziffern 7 und 8 bleiben davon unberührt.

5

Vergabe von Liefer- und Dienstleistungsaufträgen

Zur Vermeidung rechtlicher Risiken wird bei Aufträgen über Liefer- und Dienstleistungen unterhalb der EU-Schwellenwerte grundsätzlich die Anwendung der Teile A (Abschnitt 1) und B der Verdingungsordnung für Leistungen (VOL) in der jeweils geltenden, im Bundesanzeiger veröffentlichten Fassung empfohlen. Die Regelungen der Ziffern 7 und 8 bleiben davon unberührt.

6

Vergabe von freiberuflichen Leistungen

Die Anwendung der Verdingungsordnung für freiberufliche Leistungen (VOF) in der jeweils geltenden, im Bundesanzeiger veröffentlichten Fassung ist für Leistungen, die im Rahmen von freiberuflichen Tätigkeiten erbracht werden und deren Auftragswert unterhalb des EU-Schwellenwerts für Liefer- und Dienstleistungsaufträge liegt, nicht vorgeschrieben. Sollte eine freiberufliche Leistung eindeutig und erschöpfend beschreibbar sein, gelten die Regelungen für die Vergabe von Liefer- und Dienstleistungsaufträgen.

7

Wahl der Vergabeart

Gemäß § 25 Abs. 1 GemHVO muss der Vergabe von Aufträgen eine öffentliche Ausschreibung vorausgehen, sofern nicht die Natur des Geschäfts oder besondere Umstände eine beschränkte Ausschreibung oder eine freihändige Vergabe rechtfertigen. Unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der kommunalen Praxis halte ich im Rahmen dieses Erlasses folgende typisierende Betrachtungsweise zur vereinfachten Auswahl der Vergabeart für vertretbar:

7.1

Die Durchführung einer beschränkten Ausschreibung ohne weitere Einzelbegründung bei der Vergabe von Leistungen nach Ziffer 4 bis zu einem Auftragswert (ohne Umsatzsteuer) von höchstens

- 300.000 € im Tiefbau,
- 150.000 € für Rohbauarbeiten im Hochbau (Erd-, Beton- und Maurerarbeiten mit und ohne Putzarbeiten) und
- 75.000 € für Ausbaugewerke und sonstige Gewerke im Hochbau sowie für Pflanzungen und Straßenausstattung.

7.2

Die Durchführung einer freihändigen Vergabe ohne weitere Einzelbegründung bei der Vergabe von Leistungen nach Ziffern 4 und 5 bis zu einem Auftragswert (ohne Umsatzsteuer) von höchstens 30.000 €.

7.3

Die Möglichkeit einer beschränkten Ausschreibung oder einer freihändigen Vergabe oberhalb dieser Wertgrenzen bleibt bei entsprechender Begründung in Einzelfall unberührt.

8

Elektronische Auktionen

Der Vergabe eines öffentlichen Auftrags im Rahmen dieses Erlasses darf eine elektronische Auktion auf einem dafür vorgesehenen Internet-Marktplatz vorausgehen, sofern die Spezifikation des Auftrags hinreichend präzise beschrieben werden kann. Bei der Durchführung einer elektronischen Auktion sind die diesbezüglichen Regelungen der Richtlinie 2004/18/EG

des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Bauaufträge, Lieferaufträge und Dienstleistungsaufträge (insbesondere Artikel 54) entsprechend anzuwenden.

9

Korruptionsverhütung

9.1

Bei öffentlichen Aufträgen sind die Vorschriften des Gesetzes zur Verbesserung der Korruptionsbekämpfung und zur Errichtung und Führung eines Vergaberegisters in Nordrhein-Westfalen (Korruptionsbekämpfungsgesetz NRW- KorruptionsbG) vom 16.12.2004 (GV. NRW. 2005 S. 8) in der jeweils geltenden Fassung zu beachten. Zur Vermeidung von Manipulationen sind entsprechende organisatorische Maßnahmen zu treffen.

9.2

Auf die zwischen dem Innenministerium NRW und den kommunalen Spitzenverbänden abgestimmten Erläuterungen zum Korruptionsbekämpfungsgesetz (Stand 20.06.2005), in denen die Heranziehung des RdErl. des Innenministeriums, zugleich im Namen des Ministerpräsidenten und aller Landesministerien vom 26.4.2005 (SMBl. NRW. 20020) empfohlen wird, weise ich besonders hin.

10

Aufhebungsvorschrift

Der RdErl. des Innenministeriums vom 10.4.2003 (SMBl. NRW. 6300) wird aufgehoben.

11

In-Kraft-Treten

Dieser Runderlass tritt am Tage nach seiner Veröffentlichung in Kraft.